

Das zeigt ein Interview der Wirtschaftswoche vom 28.11.2013 mit Parteichef Lucke:

*„Aber der Mindestlohn ist die Entsolidarisierung des Staates gegenüber den geringqualifizierten Arbeitnehmern. Hier lässt der Staat die Unternehmen, die Arbeitsplätze für Geringqualifizierte anbieten, allein und sagt: Den sozialen Ausgleich finanziert nicht etwa der Staat sondern Ihr – durch den Mindestlohn.“*

Die vorherrschende Praxis, dass Schlechtverdienende nicht selten ergänzende Leistungen wie Hartz-IV nutzen müssen, weil sie von den miesen Löhnen nicht leben können und der Staat diese Niedriglohnjobs über Hartz-IV faktisch subventioniert, ist ganz nach dem Geschmack von Lucke und seiner Parteiklientel. Hieran etwas zum Beispiel durch einen gesetzlichen Mindestlohn zu ändern, ist für die AfD eine wirtschaftspolitische Katastrophe, die auch noch zahlreiche dieser Jobs zerstören würde. Der europäische Vergleich zeigt, dass das schlichtweg nicht stimmt.

Als Fazit kann gesagt werden, dass die „Alternative für Deutschland“ eine Partei ist, die alte, reaktionäre Ideen des gesellschaftlichen Zusammenlebens sowohl als vermeintlich „neu, innovativ und unangepasst“ und gleichzeitig als „logisch, vernünftig und alternativlos“ anpreist und dabei vorrangig auf besserverdienende Arbeitnehmerinnen und den sogenannten Mittelstand zielt. Die Verwerfungen des Kapitalismus lassen sich nicht leugnen und grundlegende Änderungen sind drängender denn je - es gibt aber keine Patentlösung, sondern zuerst nur die Frage: in was für einer Gesellschaft wollen wir leben? Wer den Positionen und Argumenten von Gruppen und Parteien wie der AfD folgt, hat sich dafür entschieden, den eigenen Arsch auf Kosten jener ins Trockene zu bringen, denen es noch dreckiger geht und die Gesellschaft dabei in ein Korsett alter Formen des Zusammenlebens zu zwingen. Alle anderen, die über den Tellerrand des immer brutaler um sich beissenden kapitalistischen Systems hinaus wollen, erteilen der AfD und allen anderen Rassisten, Marktradikalen und Wirtschaftsliberalen eine klare Absage- im Wahlkampf, auf der Straße, im Betrieb, an der Uni, in der Schule und im Verein. Denn eine Gesellschaft, die die Menschen nicht nach ihrer „Nützlichkeit“ bewertet und in der die Produktion nicht für Profit, sondern für die Bedürfnisse der Menschen da ist und auch von ihnen organisiert wird, ist möglich. Sie muss international gegen die Hetzer, Profiteure und Arschkriecher der herrschenden Ordnung durchgesetzt werden.

**Gemeinsam für eine Welt ohne Grenzen und Klassen - das ist die einzige Alternative!**

**Offenes Antifa Treffen: Jeden 1. und 3. Dienstag um 19 Uhr im Antifaschistischen Café (Cyriakring 55, 38118 Braunschweig)  
Jeden Freitag ab 20 Uhr: Antifaschistisches Café**

**Antifaschistisches Plenum / Mai 2014**

# Nationalismus ist keine Alternative!

## Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist keine Alternative für irgendwas!

**Die AfD präsentiert sich als jene Partei, die als einzige mit „vernünftigen“ und „logischen“ Lösungen die Probleme unserer Zeit lösen könnte - wenn sie nur gewählt würde. Dabei zeichnet sie sich vor allem durch Homophobie, Marktradikalismus, Anti-Feminismus, Sozialchauvinismus, elitäres Denken, Nationalismus und einen am „Nützlichkeitsprinzip“ orientierten Rassismus aus. Das ist weder „logisch“, noch „vernünftig“, sondern einfach nur menschenverachtende Hetze.**

V.i.S.d.P.: A. Merges, Karl-Marx-Straße 2, 38104 Braunschweig

Durch die zunehmende Verschärfung der Krise stellen sich immer mehr Menschen die Frage, wie das alles denn so weitergehen soll. Sehr populär sind nationalistische Anti-EU-Positionen und marktradikale Vorstellungen, die besonders jene ansprechen sollen, die zwar (noch) nicht zu den Verlierern gehören aber ständig in der Angst leben, dass sich das ändert. Die „Alternative für Deutschland“ ist zur Zeit die bekannteste Partei, die mit solchen Positionen ein entsprechendes Klientel ansprechen will. Das wollen auch viele andere wie beispielsweise die rechtspopulistische Partei „Pro Deutschland“ oder „Die Freiheit“. Während diese sich aber hauptsächlich durch plumpen Anti-Islamischen Rassismus und Homophobie auszeichnen, ist die AfD bemüht, in der medialen Berichterstattung als jene aufzutreten, die doch die „vernünftigen“ und „logischen“ Lösungen anbieten. Mehr noch per Beschluss wird die Mitgliedschaft in der AfD als unvereinbar mit „ausländerfeindlichen, rassistischen, antisemitischen, islamfeindlichen, rechtsextremen und linksextremen Gesinnungen“ beschrieben. Während für nationalistische Marktradikale „Linksextremismus“ wohl schon bei den letzten Resten der von den ArbeiterInnen und Gewerkschaften einst erkämpften sozialen Standards in Betrieb und Gesellschaft beginnt, herrscht (nicht nur) bei der AfD wohl Unklarheit darüber, was ihren Rassismus überhaupt ausmacht. Anders lassen sich Äußerungen von Mitgliedern und Sympathisanten dieser Partei nicht erklären:

*„Das Problem sind eher Randgruppen wie Sinti und Roma, die leider in großer Zahl kommen und nicht gut integrationsfähig sind.“*

Parteichef Bernd Lucke im Januar 2014

*„Andere Parteien wollen Zuwanderung nur, damit die Deutschen in einem großen europäischen Brei aufgehen.“*

Armin Paul Hampel, AfD-Chef in Niedersachsen, auf dem Europaparteitag im März 2014

Derartige Positionen entsprechen dem, was bei der NPD als „Volkstod“ bezeichnet wird. Die zunehmenden Verunsicherungen und Verschärfungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen, nicht nur hier in der BRD, werden von der AfD mit den üblichen rassistischen Klischees aufgefangen. Sie argumentiert dabei nicht offen biologisch<sup>1</sup>, sondern spricht von „kulturellen“ Unterschieden, die sich nicht vermischen lassen oder nebeneinander existieren könnten. Als selbsternannte „Leistungsträger“ stilisiert man sich als gesellschaftliche Elite, die dann auch gerne den wohl „nicht-Leistungsträgern“, also jenen, die durch die Profitlogik des Kapitalismus erwerbslos wurden, gleich mal das Wahlrecht entziehen will, wie es aus einem Kommentar von Konrad Adam (im Vorstand der AfD) zu einem Artikel von André Lichtschlag (Herausgeber des marktliberalen Blattes „eigentümlich frei“) in der Zeitung „Die Welt“ hervorgeht. Lichtschlag äußerte sich im Anschluß erfreut darüber, dass diese Idee

<sup>1</sup> Soziale Eigenschaften werden als genetisch festgelegt gesehen und nicht als erlerntes Verhalten. Diese Sichtweise ist Bestandteil des klassischen Rassismus, wie er u.a. bei offen rassistischen Gruppen und Parteien vorherrscht.

nun eine Partei gefunden habe und dass es in der BRD nun auch eine Tea-Party-Bewegung geben würde<sup>2</sup>. Wofür Hartz-IV-EmpfängerInnen dann aber noch nützlich wären, schreibt das einflussreiche AfD-Mitglied Prof. Peter O. Oberender, wenn er vorschlägt:

*„Wenn jemand existenziell bedroht ist, sollte er die Möglichkeit haben, sich und seine Familie durch den Verkauf von Organen zu finanzieren.“*

Bei solchen Inhalten müssten der AfD nicht mal rassistische Hetze oder irgendwelche personellen Querverbindungen nachgewiesen werden, um zu wissen, dass dies eine Partei für jene ist, die sich über andere erheben und die Gesellschaft so gestalten wollen, dass sie nur dieser kleinen Schicht von Menschen nützt. Wer solche Vorstellungen vom Zusammenleben der Menschen hat, indem sie ständig auf ihre „Nützlichkeit“ hin für die vermeintliche Elite untersucht werden, bastelt selbst die Anschlussstellen für andere, die denken, wegen irgendwas besser und privilegierter zu sein als andere. Eine Partei mit solchen Ideen ist zwangsläufig ein Sammelbecken für all jene, die glauben, die Krise ließe sich durch weiteres „Treten nach unten“ und das halluzinieren einer vermeintlichen „guten alten Zeit“ für sie bewältigen. Dabei wird auch ein offen Anti-Feministischer Kurs gefahren. Mit einer Kampagne meldet sich die AfD-Jugend zu Wort, bei der sich dann Männer und Frauen mit Foto im Internet präsentieren und sich gegen Quotenregelungen oder die Gender-Debatten äußern. Unterricht, der ein Bewußtsein dafür schaffen soll, dass sich außer Männern und Frauen auch noch andere Formen von menschlichen Geschlechtsidentitäten finden, lehnt die Partei ab. Entsprechende Demonstrationen in Süddeutschland gegen die Einführung dieses Unterrichts unterstützte sie und bezeichnet ihn als „Umerziehungsmaßnahmen“ (aus dem Europawahlprogramm). Reimund Guldner schrieb laut „AfD-Watch“ bei seiner Bewerbung zum Bundesvorstand der Partei:

*„Wer im Gleichstellungswahn die Homoehe fordert, muss auch die Gleichstellung der Lesbenehe zulassen. Dann dürfen auch Geschwister heiraten. Was, wenn dann einer seine Plastikpuppe heiraten oder Sex mit Tieren haben will? Kein Problem, jeder darf dann auch sein Lieblingsschaf ehelichen und als erb- und rentenberechtigt eintragen lassen.“*

Bei Fragen des Tarifrechts, des Mindestlohns, zu Gewerkschaften oder Betriebsräten vertritt die AfD, was die Parteien der Reichen, Bonzen und Kapitalisten nun mal eben vertreten, um für ihre Klasse das Beste herauszuholen.

<sup>2</sup> Die Tea-Party-Bewegung ist eine US-Amerikanische Bewegung von v.a. weißen, besserdienenden und kleinen gewerbetreibenden Vorstädtern, die in der Krise zunehmend Angst um ihr gewohntes Leben haben und sich ebenso wie die AfD mit einer Mischung aus Konservatismus, Marktradikalismus, Nationalismus, Rassismus und patriarchalen Vorstellungen vom Leben davor zu retten suchen.